



Frau Bundeskanzlerin

---

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

26. Januar 2018

---

# Wochenbericht KW 4

**forsa | Emnid | IfD Allensbach | infratest dimap**

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD zwischen 21 % und 17 %
Wirtschaft:	Erwartungen leicht pessimistisch
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden geht zurück Konflikt mit Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung
Anlage:	Zeitreihen

*Steffen Seibert*

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>IfD Allensbach<sup>2</sup></b> für FAZ	<b>infratest dimap<sup>3</sup></b> für ARD
CDU/CSU	34 (-)	34 (+1)	34,0 (-)	33 (-)
SPD	17 (-1)	20 (-1)	21,0 (-)	19 (-2)
FDP	8 (-)	8 (-)	10,0 (-)	10 (+1)
DIE LINKE	11 (+1)	10 (-)	8,5 (-0,5)	10 (+1)
B'90/Grüne	12 (-)	11 (+1)	10,5 (-1,0)	11 (-)
AfD	13 (+1)	12 (-1)	12,0 (+1,0)	12 (-1)
Sonstige	5 (-1)	5 (-)	4,0 (+0,5)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	22.01.	18.-24.01.	05.-18.01.	22.-24.01.

Die Union liegt bei forsa 17 (+1), bei Emnid 14 (+2), bei infratest dimap 14 (+2) und bei IfD Allensbach 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Merkel	46 (-)
Schulz	18 (-1)
keinen von beiden	36 (+1)
Erhebungszeitraum	15.-19.01.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 28 (+1) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

89 % (-) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-1) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 54 % (-1) für Schulz und 19 % (-3) für Merkel entscheiden.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (28.01.2018)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 51/2017

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 1

## ● Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	
CDU/CSU	27	(-)
SPD	8	(-1)
sonstige Parteien	12	(-1)
keine Partei	53	(+2)
Erhebungszeitraum	15.-19.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

53 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu. Dies ist der höchste Wert seit Dezember 2016.

65 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 38 % (+4) von ihrer Partei.

## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	25	(-1)
schlechter	27	(-1)
unverändert	45	(+2)
Erhebungszeitraum	15.-19.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 2 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA	
sehr große	10	(-2)
große	43	(-4)
wenig	37	(+4)
keine	9	(+1)
Erhebungszeitraum	15.-19.01.	

Ostdeutsche (62 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (60 %) sowie Anhänger der Linkspartei (65 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (64 % zu 43 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (62 % zu 47 %).

## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA	
Asien, Nordkorea	25	(+3)
USA	19	(+1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10	(+2)
Naher Osten, arabische Länder	10	(-3)
Syrien	6	(+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	5	(-3)
Russland	5	(-)
Erhebungszeitraum	15.-19.01.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht aus Asien von dem Konflikt mit Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der Grünen (32 %) und der Union (31 %) nennen den Konflikt mit Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	38 (+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10 (+2)
Deutschland tut bereits genug	49 (-3)
Erhebungszeitraum	15.-19.01.

Personen mit hoher formaler Bildung und Gutverdiener (jew. 43 %) sowie Anhänger der Linkspartei (54 %), der Grünen (51 %) und der SPD (44 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (36 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen, Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung und Geringverdiener (jew. 54 %) sowie Anhänger der FDP (59 %) und der Union (56 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	37 (+2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	43 (-1)
Erhebungszeitraum	15.-19.01.

Ostdeutsche (46 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (45 %), Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen (44 %) sowie Anhänger der AfD (59 %) und der SPD (42 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (27 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (57 %) und der Grünen (56 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA	
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	44	(-4)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	13	(-2)
US-Präsidentschaft Donald Trump	5	(-2)
Erhebungszeitraum	22.-24.01.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung. Überdurchschnittlich häufig sehen Gutverdiener (52 %), Personen mit hoher formaler Bildung (51 %) sowie Anhänger der FDP (57 %), der Union (55 %), der Linkspartei (54 %), der Grünen (52 %) und der SPD (49 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (49 % zu 34 %).

Anhänger der AfD (25 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Anhänger der Grünen (5 %) und der Union (7 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.



















